

MARIUS MÜLLER

Die Notzuständigkeit im
europäischen und deutschen
Internationalen
Zivilverfahrensrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

520

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

520

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktorium:
Holger Fleischer, Ralf Michaels und Anne Röhel



Marius Müller

Die Notzuständigkeit
im europäischen und deutschen
Internationalen Zivilverfahrensrecht

Mohr Siebeck

Marius Müller, geboren 1994; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Würzburg; 2018 Erste Juristische Prüfung; Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Privatrecht am Institut für Bürgerliches Recht und Zivilprozessrecht der Universität Würzburg; Rechtsreferendariat im Bezirk des OLG Bamberg; 2023 Promotion.

Zugl.: Würzburg, Julius-Maximilians-Universität, Diss., 2023

ISBN 978-3-16-162642-5 / eISBN 978-3-16-162722-4

DOI 10.1628/978-3-16-162722-4

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2022/2023 von der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation angenommen. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur konnten bis Februar 2022 berücksichtigt werden.

Mein herzlicher Dank gilt zuvörderst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Michael Sonnentag. Ihm danke ich nicht allein für die umsichtige und engagierte Betreuung meiner Dissertation und das mir entgegengebrachte Vertrauen. Vielmehr danke ich ihm darüber hinaus für die vielen lehrreichen, spannenden und vor allem schönen Jahre an der Professur für Privatrecht. Die Arbeit an der Professur hat mich zunächst als studentischen und später als wissenschaftlichen Mitarbeiter beinahe während meiner gesamten universitären Zeit begleitet und mich sowohl fachlich als auch persönlich sehr bereichert und geprägt. In dieser Zeit hat Professor Sonnentag zudem mein Interesse für das Internationale Privat- und Zivilverfahrensrecht geweckt und auch insoweit maßgeblich zum Entstehen und Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

Herrn Professor Dr. Oliver Remien danke ich für die äußerst zügige Zweitkorrektur und die wertvollen Anmerkungen. Die Nachricht seines plötzlichen Todes hat mich sehr getroffen.

Den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg danke ich für die Aufnahme der Arbeit in diese Reihe.

Ferner danke ich meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen an der Professur für Privatrecht. Besonders erwähnt sei dabei zunächst mein langjähriger Zimmerkollege Herr Dr. Dennis Bergmann, der nicht nur immer ein offenes Ohr für fachliche Gespräche hatte, sondern vielmehr maßgeblich für die freundschaftliche, heitere sowie produktive Arbeitsatmosphäre verantwortlich war. Darüber hinaus danke ich Herrn Jan Haselbeck für den regen Austausch zum Internationalen Privatrecht, der oft mit einer Prise Humor angereichert wurde.

Abschließend gebührt ein besonderer Dank vor allem auch meinen Eltern, auf deren Unterstützung in jeder erdenklichen Weise ich mich stets und bedingungslos verlassen kann. Sie haben meine Ausbildung im Allgemeinen und

meine Dissertation im Besonderen in vielerlei Hinsicht erst ermöglicht. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Würzburg, im Dezember 2023

Marius Müller

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
§ 1 Einführung	1
Erster Teil: Grundlagen	7
§ 2 Begriff der Notzuständigkeit, Rechtsverweigerung und Abgrenzungen	8
§ 3 Rechtsvergleichender Überblick	21
§ 4 Rechtsvereinheitlichung	59
§ 5 Zuständigkeitsinteressen und Leitprinzipien der Zuständigkeitsgestaltung	70
Zweiter Teil: Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben	83
§ 6 Allgemeines Völkerrecht	84
§ 7 Europäische Menschenrechtskonvention	104
§ 8 Europarecht: EU-Grundrechtecharta	132
§ 9 Grundgesetz	141
Dritter Teil: Die Notzuständigkeit <i>de lege lata</i>	163
<i>Erster Abschnitt: Europäisches Zuständigkeitsrecht</i>	163
§ 10 Bedürfnis internationaler Notzuständigkeit	164
§ 11 Ausgestaltung der Notzuständigkeit in den EU-Verordnungen	201
§ 12 Ungeschriebene Notzuständigkeiten	285
<i>Zweiter Abschnitt: Autonomes deutsches Recht</i>	305
§ 13 Gesetzeslage	305
§ 14 Ungeschriebene Notzuständigkeit	328

Vierter Teil: Die Notzuständigkeit <i>de lege ferenda</i>	403
§ 15 Europäisches Zuständigkeitsrecht	404
§ 16 Autonomes deutsches Recht	436
Fünfter Teil: Schluss	461
§ 17 Zusammenfassung der Ergebnisse	462
Literaturverzeichnis	471
Sachregister	497

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
§ 1 Einführung	1
Erster Teil: Grundlagen	7
§ 2 Begriff der Notzuständigkeit, Rechtsverweigerung und Abgrenzungen	8
A. Begriff der Notzuständigkeit	8
B. Drohende Rechtsverweigerung als Anlass der Notzuständigkeit	9
I. Begriff der Rechtsverweigerung	9
II. Konstellationen der Rechtsverweigerung	10
1. Negativer internationaler Kompetenzkonflikt	10
2. Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit eines Verfahrens	12
3. Anerkennungslücke	13
C. Menschenrechtsklagen als besondere Herausforderung für die Notzuständigkeit	14
D. Abgrenzungen	17
I. Abgrenzung zur Gerichtsbarkeit	17
II. Abgrenzung zu nicht kontradiktorischen Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit	18
§ 3 Rechtsvergleichender Überblick	21
A. Notwendigkeit eines rechtsvergleichenden Überblicks	21
B. Ausbreitung der Notzuständigkeit	22
I. Rechtsordnungen mit geschriebener Notzuständigkeit	22
II. Rechtsordnungen mit von der Rechtsprechung anerkannter Notzuständigkeit	28
III. Reformbemühungen in weiteren Rechtsordnungen	28
IV. Rechtsordnungen des Common Law	29
V. Schlussfolgerungen	31
C. Ausgestaltung der Notzuständigkeit	32

I. Grundsätzliche Übereinstimmung der Voraussetzungen	32
II. Unterschiedliche Anforderungen im Einzelnen	33
1. Drohende Rechtsverweigerung	33
2. Inlandsbezug	35
III. Ausgewählte Rechtsordnungen im Detail	37
1. Schweiz	38
2. Österreich	44
3. Niederlande	50
IV. Schlussfolgerungen	55
D. Zusammenfassung	57
<i>§ 4 Rechtsvereinheitlichung</i>	59
A. Interamerikanische Konvention über die internationale Anerkennungszuständigkeit	59
B. Vorhaben und Übereinkommen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht	59
C. Principles of Transnational Civil Procedure	63
D. Resolutionen des Institut de Droit international	65
E. Resolution der International Law Association	66
F. Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen	68
<i>§ 5 Zuständigkeitsinteressen und Leitprinzipien der Zuständigkeitsgestaltung</i>	70
A. Zuständigkeitsinteressen	71
I. Parteiinteressen	71
1. Gegenläufige Parteiinteressen	72
2. Gleichlaufende Parteiinteressen	72
II. Staatsinteressen	74
B. Leitprinzipien der Zuständigkeitsgestaltung	76
I. Zuständigkeitsgerechtigkeit	76
II. Zuständigkeitsklarheit	78
 Zweiter Teil: Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben	 83
<i>§ 6 Allgemeines Völkerrecht</i>	84
A. Sachliche Beschränkung staatlicher Gerichtsbarkeit	84
I. Meinungsstand	86
1. Spürbare Beschränkung der Rechtsprechungsgewalt	87
2. Keine spürbare Beschränkung der Rechtsprechungsgewalt	89

3. Spürbare Beschränkung der Rechtsprechungsgewalt, aber Ausnahme für Notzuständigkeit	90
II. Stellungnahme	91
1. Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen zivilrechtlicher Rechtsprechungs- und öffentlich-rechtlicher Rechtssetzungsgewalt	91
2. Keine spürbare Begrenzung der Rechtsprechungsgewalt	95
3. Keine Besonderheiten im Kontext der Notzuständigkeit	97
III. Ergebnis	101
B. Justizieller Mindeststandard	101
<i>§ 7 Europäische Menschenrechtskonvention</i>	104
A. Das Recht auf Zugang zu Gericht	104
B. Auswirkungen des Zugangsrechts auf die internationale Zuständigkeit	105
I. Fragestellung	105
II. Die Entscheidungen des EGMR in der Rechtssache Naït-Liman	107
1. Sachverhalt	108
2. Anwendungsbereich des Zugangsrechts	109
3. Verletzung des Zugangsrechts	110
III. Rezeption in der Literatur	113
IV. Stellungnahme	115
1. Anwendungsbereich des Zugangsrechts	115
2. Verletzung des Zugangsrechts	118
a) Legitimer Zweck	118
b) Verhältnismäßigkeitsprüfung	120
aa) Nicht überzeugende Verkürzung des Prüfungsmaßstabs	121
bb) Mangelnde Berücksichtigung der drohenden Rechtsverweigerung	123
cc) Konsequenzen der drohenden Rechtsverweigerung für das Zugangsrecht	125
V. Schlussfolgerungen: Auswirkungen der Entscheidungen des EGMR auf die gegenwärtige Auslegung des Zugangsrechts	127
C. Recht des Beklagten auf Freiheit vor Justiz	129
D. Ergebnis	131
<i>§ 8 Europarecht: EU-Grundrechtecharta</i>	132
A. Geltungsbereich der Unionsgrundrechte	132
B. Das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht aus Art. 47 GRC	135
I. Anwendungsbereich und Systematik	135

II. Inhaltliche Reichweite des Zugangsrechts	137
C. Recht des Beklagten auf Freiheit vor Justiz	139
D. Ergebnis	140
§ 9 Grundgesetz	141
A. Der allgemeine Justizgewährungsanspruch des Grundgesetzes	141
I. Herleitung und Rechtsnatur des allgemeinen Justizgewährungsanspruchs	141
II. Inhalt des allgemeinen Justizgewährungsanspruchs	142
1. Anwendbarkeit auf Verfahren mit Auslandsbezug	142
2. Gewährleistungsgehalt	145
a) Begründung eines Rechts auf ein inländisches Erkenntnisverfahren	145
b) Voraussetzungen des Rechts auf ein inländisches Erkenntnisverfahren	148
aa) Kernbereich inländischer Gerichtsbarkeit	148
bb) Inländische Letztverantwortlichkeit	149
3. Beschränkungsmöglichkeiten	156
B. Recht des Beklagten auf Freiheit vor Justiz	158
C. Ergebnis	161
 Dritter Teil: Die Notzuständigkeit <i>de lege lata</i>	 163
<i>Erster Abschnitt: Europäisches Zuständigkeitsrecht</i>	163
§ 10 Bedürfnis internationaler Notzuständigkeit	164
A. Differenzierung zwischen Rechtsakten mit abschließendem und nicht abschließendem Zuständigkeitsregime	164
B. Bedürfnis internationaler Notzuständigkeit in Drittstaatensachverhalten	170
I. Rechtsakte mit abschließendem Zuständigkeitsregime	170
II. Erhöhtes Bedürfnis internationaler Notzuständigkeit infolge einer Reflexwirkung ausschließlicher Zuständigkeiten zugunsten von Drittstaaten?	171
C. Bedürfnis internationaler Notzuständigkeit in Unionssachverhalten	175
I. Die Annahme eines lückenlosen Zuständigkeitsrechts und der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Ausgangspunkt	175
II. Negative Kompetenzkonflikte infolge wechselseitiger Zuweisung internationaler Zuständigkeit durch mitgliedstaatliche Gerichte	179
1. Anwendungsfälle	179

a) Nicht- oder Falschanwendung europäischen Zuständigkeitsrechts	179
b) Vertretbare Abweichungen innerhalb des Entscheidungsspielraums der Mitgliedstaaten	180
c) Mangelnde Rechtsvereinheitlichung auf europäischer Ebene	181
2. Begrenzung durch Bindung an ausländische Unzuständigkeitsentscheidungen	184
a) Einführung einer europäischen Rechtskraft für Unzuständigkeitsentscheidungen durch den EuGH	184
b) Umfang der europäischen Rechtskraft für Unzuständigkeitsentscheidungen	186
c) Ablehnung einer europäischen Rechtskraft für Unzuständigkeitsentscheidungen	189
d) Konsequenzen für negative Kompetenzkonflikte	191
III. Unmöglichkeit eines mitgliedstaatlichen Verfahrens	193
IV. Unzumutbarkeit eines mitgliedstaatlichen Verfahrens	196
V. Anerkennungslücke	197
D. Die Person mit unbekanntem Aufenthalt als Grenzfall zwischen Unions- und Drittstaatensachverhalt	198
E. Ergebnis	200
<i>§ 11 Ausgestaltung der Notzuständigkeit in den EU-Verordnungen</i>	<i>201</i>
A. Geschriebene Notzuständigkeiten in den Rechtsakten mit abschließendem Zuständigkeitsregime	201
I. Überblick	201
1. Europäische Unterhaltsverordnung	201
2. Europäische Erbrechtsverordnung	203
3. Europäische Güterrechtsverordnungen	206
a) Die Möglichkeit der ausnahmsweisen Unzuständigkeitserklärung	208
b) Verhältnis zur Auffangzuständigkeit	210
II. Auslegung und Anwendungsprobleme der Vorschriften	212
1. Rechtsaktübergreifende und restriktive Auslegung	212
2. Enger Bezug der Rechtssache zu einem Drittstaat	217
3. Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Verfahrenseinleitung oder Verfahrensführung in einem Drittstaat	222
a) Unmöglichkeit	223
b) Unzumutbarkeit	227
aa) Generelle Unzumutbarkeit des Verfahrens	228
bb) Unzumutbarkeit des konkreten Verfahrens	230

cc) Unzumutbarkeit des persönlichen Erscheinens	232
c) Anwendbarkeit auf Konstellationen einer Anerkennungslücke	234
d) Keine Notwendigkeit einer Verfahrenseinleitung im Drittstaat	238
4. Ausreichender Bezug zu dem Mitgliedstaat des angerufenen Gerichts	239
a) Hintergrund der Voraussetzung	239
b) Leitlinien der Auslegung	240
c) Anwendung auf einzelne Anknüpfungspunkte	243
aa) Staatsangehörigkeit	243
bb) Vermögensbelegenheit	246
cc) Gewöhnlicher Aufenthalt	247
dd) Anknüpfungspunkte, die in der Vergangenheit in einem Mitgliedstaat vorlagen	248
ee) Abänderungszuständigkeit	250
ff) Andere Anknüpfungspunkte	250
d) Kein Einfluss fehlender Aussicht auf Anerkennung oder Vollstreckung in einem Drittstaat	251
e) Ausreichender Bezug zu mehreren Mitgliedstaaten	252
5. Kein Ermessen der Gerichte bei der Zuständigkeitsausübung .	252
6. <i>Perpetuatio fori</i>	256
7. Kein tatbestandlicher Ausschluss der Notzuständigkeit nach Ausübung der Notzuständigkeit durch einen anderen Mitgliedstaat	260
III. Ergebnis	261
B. Notzuständigkeiten in den Rechtsakten ohne abschließendes Zuständigkeitsregime	263
I. Brüssel Ia-VO	263
1. Verbleibender Anwendungsbereich des autonomen Zuständigkeitsrechts – Bedeutung autonomer Notzuständigkeit	263
2. Reform der Brüssel I-VO	264
a) Vorarbeiten	264
b) Kommissionsentwurf	267
c) Resonanz auf den Kommissionsentwurf	269
aa) Universalisierung der Zuständigkeitsgründe	269
bb) Vorschrift zur Notzuständigkeit	270
d) Scheitern der Universalisierung und Konsequenzen für die Notzuständigkeit	273
e) Stellungnahme	275
3. Perspektive für künftige Reformen der Brüssel Ia-VO	277
II. Brüssel IIa-VO	278

1. Verbleibender Anwendungsbereich des autonomen Zuständigkeitsrechts – Bedeutung autonomer Notzuständigkeit	278
2. Gesetzliche Anhaltspunkte für eine Notzuständigkeit	279
3. Reform der Brüssel IIa-VO	282
<i>§ 12 Ungeschriebene Notzuständigkeiten</i>	285
A. Bedürfnis in Unionssachverhalten	285
B. Möglichkeit und Notwendigkeit der Ausübung	286
C. Ausgestaltung	290
I. Rechtsaktübergreifende Anwendung	290
II. Grundsätzliche Orientierung an den geschriebenen Notzuständigkeiten	290
III. Anwendung auf die potenziellen Fallgruppen drohender Rechtsverweigerung	291
1. Negative internationale Kompetenzkonflikte	291
2. Unmöglichkeit eines mitgliedstaatlichen Verfahrens	294
3. Unzumutbarkeit eines mitgliedstaatlichen Verfahrens	298
4. Anerkennungslücke	301
IV. Anerkennung in anderen Mitgliedstaaten	303
D. Ergebnis	303
<i>Zweiter Abschnitt: Autonomes deutsches Recht</i>	305
<i>§ 13 Gesetzeslage</i>	305
A. Geschriebene Notzuständigkeiten	305
I. Fürsorgezuständigkeiten des FamFG	306
1. Inhalt und Anwendungsbereich	306
2. Zweck	307
3. Die Fürsorgezuständigkeiten als gesetzlich normierte Notzuständigkeiten?	308
a) Meinungsstand in der Literatur	308
b) Stellungnahme	309
aa) Charakteristische Merkmale einer Notzuständigkeit	309
bb) Anhaltspunkte für die Einordnung als Notzuständigkeit	309
cc) Anhaltspunkte gegen die Einordnung als Notzuständigkeit	311
dd) Würdigung	313
II. Internationale Zuständigkeit nach dem VerschG	313
1. Inhalt und Anwendungsbereich	313
2. Zweck	314
3. § 12 Abs. 2 VerschG als gesetzlich normierte Notzuständigkeit	315
a) Charakteristische Merkmale einer Notzuständigkeit	315

b) Subsidiarität gegenüber anderen Zuständigkeitsgründen . . .	315
c) Drohende Rechtsverweigerung als Anlass	316
d) Notwendigkeit eines Inlandsbezugs	317
III. Schlussfolgerungen	317
B. Exorbitante Zuständigkeiten als typisierte Notzuständigkeit?	318
I. Korrelation zwischen exorbitanter Zuständigkeit und Notzuständigkeit	319
II. Bedürfnis einer Notzuständigkeit neben dem Vermögensgerichts- stand des § 23 ZPO als typisierter Notzuständigkeit?	321
1. Voraussetzungen des Vermögensgerichtsstandes	321
2. Konsequenzen für das Bedürfnis einer Notzuständigkeit	322
3. Keine Typisierung der Notzuständigkeit durch den Vermögensgerichtsstand des § 23 ZPO	325
III. Ergebnis	327
C. Bisherige Reformbemühungen	327
§ 14 <i>Ungeschriebene Notzuständigkeit</i>	328
A. Materialerfassung	330
I. Konstellationen der Notzuständigkeit	330
II. Vergleichbare Fallgestaltungen	331
1. Nichtbeachtung der Derogation inländischer Zuständigkeit	331
2. Nichtbeachtung des Einwands ausländischer Rechtshängigkeit	332
3. Drohende Rechtsverweigerung bei nicht kontradiktorischen Verfahren in Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	333
B. Mittel zur Vermeidung drohender Rechtsverweigerung ohne Eröffnung einer Notzuständigkeit	334
I. Untaugliche Mittel zur Vermeidung drohender Rechtsverweigerung	334
1. Zuständigkeitsrenvoi zur Vermeidung negativer internationaler Kompetenzkonflikte	334
a) Beachtung eines Zuständigkeitsrenvoi	334
b) Ablehnung eines Zuständigkeitsrenvoi	335
c) Stellungnahme	336
2. Absehen von dem Erfordernis der Verbürgung der Gegenseitigkeit	338
3. Abwägungsmöglichkeit zugunsten der Zuständigkeitsgerechtigkeit im Rahmen der Prüfung des anerkennungsrechtlichen <i>ordre public</i>	339

II. Keine Gewährung international ausschließlicher Zuständigkeit zugunsten ausländischer Gerichte bei drohender Rechtsverweigerung	341
III. Berücksichtigung der Anerkennungsfähigkeit bei der Auslegung einer Prorogation ausländischer Gerichte	343
IV. Anerkennungszuständigkeit infolge spiegelbildlicher Anwendung der Notzuständigkeit	345
V. Ergebnis	348
C. Voraussetzungen der Notzuständigkeit	349
I. Drohende Rechtsverweigerung	349
1. Fallgruppen drohender Rechtsverweigerung	349
a) Negativer internationaler Kompetenzkonflikt	349
b) Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit eines ausländischen Verfahrens	351
aa) Unmöglichkeit eines ausländischen Verfahrens	351
bb) Unzumutbarkeit eines ausländischen Verfahrens	354
c) Anerkennungslücke	357
2. Keine eigenständige Notzuständigkeit aufgrund eines (voraussichtlichen) Verstoßes einer ausländischen Entscheidung gegen den <i>ordre public</i>	359
3. Keine eigenständige Ersatzzuständigkeit bei befürchteter Falschanwendung deutschen Rechts	362
4. Keine eigenständige Notzuständigkeit auf dem Gebiet des einstweiligen Rechtsschutzes	363
II. Bestimmung der maßgeblichen ausländischen Staaten	365
III. Nachweis der drohenden Rechtsverweigerung	366
1. Keine Berücksichtigung unzureichend dargelegten Parteivortrages	367
2. Keine Notwendigkeit eines ausländischen Verfahrens oder einer ausländischen Entscheidung	368
3. Konkretisierung des Gefahrbegriffs	369
a) Fallgruppen mit überwiegend geringeren Anforderungen an den Nachweis der Gefahr einer Rechtsverweigerung	370
b) Fallgruppen mit überwiegend höheren Anforderungen an den Nachweis der Gefahr einer Rechtsverweigerung	371
IV. Inlandsbezug	372
1. Notwendigkeit einer Inlandsbeziehung	372
2. Konkrete Anforderungen an die Inlandsbeziehung	373
a) Meinungsstand	374
aa) Weitreichender Ansatz	374

bb) Restriktiver Ansatz	375
cc) Differenzierende Ansätze	375
dd) Anerkannte Fallgruppen im Rahmen internationaler Scheidungszuständigkeit	376
b) Stellungnahme	377
aa) Notwendigkeit einer Einzelfallbetrachtung	377
bb) Leitlinien der Einzelfallbetrachtung	378
cc) Anwendung auf einzelne Anknüpfungspunkte	379
c) Besonderheiten im Umgang mit Menschenrechtsklagen?	382
aa) Keine Ausnahme von dem Erfordernis einer Inlandsbeziehung	382
bb) Sitz der Konzernmutter im Inland als hinreichender Anknüpfungspunkt einer Inlandsbeziehung	383
V. Ergebnis	386
D. Im Zusammenhang mit der Notzuständigkeit auftretende Probleme	387
I. Örtliche Zuständigkeit	387
1. Meinungsstand	388
a) Bestimmung durch das höhere Gericht	388
b) Wahlmöglichkeit des Rechtssuchenden	388
c) Auffangzuständigkeit im Bezirk des AG Schöneberg in Berlin	389
2. Stellungnahme	390
II. <i>Perpetuatio fori</i>	395
1. Meinungsstand	395
a) Annahme einer <i>perpetuatio fori</i>	395
b) Ablehnung einer <i>perpetuatio fori</i>	396
2. Stellungnahme	396
III. Verfahrensaussetzung bei Unklarheiten über Rechtsschutzmöglichkeiten im Ausland	398
IV. Keine Rechtskraft einer inländischen Prozessabweisung bei nachfolgender Prozessabweisung in dem aus deutscher Sicht zuständigen Staat	400
V. Ergebnis	401
 Vierter Teil: Die Notzuständigkeit <i>de lege ferenda</i>	 403
§ 15 Europäisches Zuständigkeitsrecht	404
A. Drittstaatensachverhalte	405
I. Rechtsakte mit abschließendem Zuständigkeitsregime	406
1. Kein unmittelbarer gesetzgeberischer Handlungsbedarf	406
2. Anpassungs- und Präzisierungsmöglichkeiten	406

a) Festlegung des engen Bezugs zu einem Drittstaat	406
b) Ausdrückliche Einbeziehung der Anerkennungslücke	407
c) Auflisten von weiteren Beispielen für den ausreichenden Bezug zu einem Mitgliedstaat	408
d) Kein Ermessen der Gerichte bei der Zuständigkeitsausübung	409
e) Klarstellung des Verhältnisses zu den begrenzten Auffangzuständigkeiten	410
II. Rechtsakte ohne abschließendes Zuständigkeitsregime	411
1. Im Falle der Beibehaltung der Restzuständigkeiten	411
2. Im Falle der Universalisierung der Zuständigkeitsvorschriften .	412
a) Universalisierung der Zuständigkeitsvorschriften als wünschenswertes Ziel	412
b) Aufnahme einer geschriebenen Vorschrift zur Notzuständigkeit	414
3. Reformdiskussionen in Bezug auf Menschenrechtsklagen . . .	418
III. Ergebnis	421
B. Unionssachverhalte	422
I. Vorrangige Mittel zur Vermeidung einer drohenden Rechtsverweigerung	422
1. Einführung einer bindenden Verweisungsmöglichkeit	423
2. Verordnungsautonome Anknüpfung anstelle der gegenwärtigen Wohnsitzanknüpfung im Anwendungsbereich der Brüssel Ia-VO	425
3. Besondere (Not-)Zuständigkeit für die Scheidung gleichgeschlechtlicher Ehen	427
II. Kodifizierung der Notzuständigkeit?	428
1. Verbleibender Anwendungsbereich der Notzuständigkeit	428
2. Eigenständige Regelung der Anerkennungslücke	430
3. Keine Kodifizierung einer allgemeinen Notzuständigkeit für sonstige Anwendungsfälle	432
III. Ergebnis	434
§ 16 <i>Autonomes deutsches Recht</i>	436
A. Kodifizierung der Notzuständigkeit	436
I. Eigenständige Bedeutung des autonomen Zuständigkeitsrechts trotz fortschreitender Europäisierung	436
II. Möglichkeit der Kodifizierung	438
III. Meinungsstand zur Kodifizierung der Notzuständigkeit	438
1. Ablehnung einer geschriebenen Notzuständigkeit	438
2. Aufnahme einer geschriebenen Notzuständigkeit	440
IV. Stellungnahme	441

B. Ausgestaltung der geschriebenen Notzuständigkeit	446
I. Grundsätzliche Orientierung an den europäischen Vorschriften zur Notzuständigkeit	446
II. Drohende Rechtsverweigerung	447
1. Fallgruppen der Rechtsverweigerung	447
2. Gefahr der Rechtsverweigerung	449
3. Maßgebliches Ausland	450
III. Inlandsbezug	450
1. Erforderlichkeit eines Inlandsbezugs	450
2. Ausgestaltung	452
IV. Keine Besonderheiten für Menschenrechtsklagen	454
V. Rechtsfolge	457
VI. Örtliche Zuständigkeit	457
C. Ergebnis	458
Fünfter Teil: Schluss	461
<i>§ 17 Zusammenfassung der Ergebnisse</i>	462
A. Grundzüge der Notzuständigkeit	462
B. Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben	462
C. Europäisches Zuständigkeitsrecht	463
I. <i>De lege lata</i>	463
1. Geschriebene Notzuständigkeiten	464
2. Ungeschriebene Notzuständigkeiten	465
II. <i>De lege ferenda</i>	466
1. Drittstaatensachverhalte	466
2. Unionssachverhalte	467
D. Autonomes deutsches Zuständigkeitsrecht	467
I. <i>De lege lata</i>	467
II. <i>De lege ferenda</i>	469
Literaturverzeichnis	471
Sachregister	497

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
aaO.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz, Absätze
AC	Law Reports, Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AJIL	American Journal of International Law
AktG	Aktiengesetz
ALI	American Law Institute
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Art, Art., Artt.	Artikel
Aufl.	Auflage
AUG	Auslandsunterhaltsgesetz
AVR	Archiv des Völkerrechts
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayOBLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BCSC	British Columbia Supreme Court
BeckRS	Beck'sche Rechtsprechungssammlung
Begr.	Begründer
BegrRegE	Begründung des Regierungsentwurfs
BerDGesIntR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht
BerDGesVölkR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht (ab 2014: BerDGesIntR)
Beschl.	Beschluss, Beschlüsse
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts, Amtliche Sammlung
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BR-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundesrates
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung

	und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handels- sachen
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
Brüssel IIa-VO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000
Brüssel IIb-VO	Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates vom 25. Juni 2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindes- entführungen
BT-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
bzw.	beziehungsweise
C	communications
Cass. civ. 1 ^{re}	Cour de Cassation, Première chambre civile
Cass. soc.	Cour de Cassation, Chambre sociale
CDT	Cuadernos de Derecho Transnacional
CMLRev.	Common Market Law Review
CMR	Convention relative au Contrat de transport international de marchandises par route – Übereinkommen über den Beförde- rungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr
d. h.	das heißt
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
Duke J Comp. & Int. Law	Duke Journal of Comparative & International Law
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGZPO	Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
ELI	European Law Institute
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
Entsch.	Entscheidung
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis
ErwSÜ	Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen
EU	Europäische Union, European Union

EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGüVO	Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968
EuInsVO	Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren
EuPartVO	Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuUntVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZPR	Europäisches Zivilprozessrecht
EuZVR	Europäisches Zivilverfahrensrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWHC	England and Wales High Court
f., ff.	folgend(e)
Fam	Family Division
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRBint	Der Familien-Rechtsberater international
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FernUSG	Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote(n)
FPR	Familie Partnerschaft Recht
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
Geo. J. Int'l L.	Georgetown Journal of International Law
GG	Grundgesetz
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union

GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h. M.	herrschende Meinung
HAVÜ	Haager Übereinkommen vom 2. Juli 2019 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Zivil- oder Handelssachen
HGÜ	Haager Übereinkommen vom 30. Juni 2005 über Gerichtsstandsvereinbarungen
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HUP	Haager Protokoll vom 23. November 2007 über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht
i. V. m.	in Verbindung mit
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
IntErbRVG	Internationales Erbrechtsverfahrensgesetz
IntGüRVG	Internationales Güterrechtsverfahrensgesetz
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Gesetz über das Internationale Privatrecht
IPRSpr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JBl.	Juristische Blätter (Österreich)
JN	Jurisdiktionsnorm (Österreich)
JPIL	Journal of Private International Law
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KOM	Dokumente der Europäischen Kommission
L	legislation
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
LGVE	Luzerner Gerichts- und Verwaltungsentscheide
lit., litt.	littera(e)
LMK	Lindenmaier-Möhring – Kommentierte BGH-Rechtsprechung
LugÜ	Übereinkommen vom 30. Oktober 2007 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MPILux	Max Planck Institute Luxembourg for International, European and Regulatory Procedural Law

n. F.	neue Fassung
n°, n.°, N°, N.°, No.	número, numéro, Nummer
NILR	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer(n)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nw. J. Int'l Hum. Rts.	Northwestern Journal of International Human Rights
Nw. J. Int'l L. & Bus.	Northwestern Journal of International Law & Business
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
ÖBl.	Österreichische Blätter für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
ONCA	Ontario Court of Appeal
ONSC	Ontario Superior Court of Justice
QB	Queen's Bench Division
QCCA	Court of Appeal of Quebec
QCCS	Superior Court (Quebec)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rev. crit. dr. internat. privé	Revue critique de droit international privé
Rev. science crim. et dr. pén. comparé	Revue de science criminelle et de droit pénal comparé
Rev. trim. dr. h.	Revue trimestrielle des droits de l'homme
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Riv. dir. int.	Rivista di diritto internazionale
Riv. dir. int. priv. proc.	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer(n)
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom III-VO	Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts
RRa	ReiseRecht aktuell

Rs.	Rechtssache
S.	Satz, Sätze, Seite(n)
sog.	sogenannte(r, n)
SRIEL	Swiss Review of International and European Law
StAZ	Das Ständesamt (Zeitschrift)
StGB	Strafgesetzbuch
Sw. J. Int'l L.	Southwestern Journal of International Law
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht (ab 2016: SRIEL)
u. a.	und andere, unter anderem
UBC L. Rev.	University of British Columbia Law Review
UC Irvine L. Rev.	UC Irvine Law Review
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UKSC	Supreme Court of the United Kingdom
UN-Antifolterkonvention	Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984
UN, U.N.	United Nations
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé – International Institute for the Unification of Private Law
Unterabs.	Unterabsatz
Urt.	Urteil
USA	United States of America
Utrecht J. Int'l & Eur. L.	Utrecht Journal of International and European Law
v.	vom, von
Var.	Variante
VerschG	Verschollenheitsgesetz
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vor, Vorbem	Vorbemerkung(en)
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
WarnRspr.	Rechtsprechung des Reichsgerichts
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa
WKRS	Wolters Kluwer Rechtsprechung
YbPIL	Yearbook of Private International Law
z. B.	zum Beispiel
ZErB	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

Zwischenurt.

ZWR

ZZP

ZZPInt

Zwischenurteil

Zeitschrift für Walliser Rechtsprechung

Zeitschrift für Zivilprozess

Zeitschrift für Zivilprozess International

§ 1 Einführung

In internationalen Zivilverfahren kann ein Rechtssuchender ausnahmsweise auf Rechtsschutz durch einen Staat angewiesen sein, in dem an sich keine internationale Zuständigkeit vorgesehen ist. Dies ist zum Beispiel der Fall, sofern sich keiner der Staaten als international zuständig erachtet, zu dem der Sachverhalt einen Bezug aufweist. Weiterhin können etwa Konstellationen auftreten, in denen das an sich zuständige Ausland aus tatsächlichen Gründen wie einem Bürgerkrieg¹ an der Rechtsschutzgewährung gehindert ist. Um den Rechtssuchenden nicht rechtsschutzlos zu stellen, sehen einige Staaten die Möglichkeit vor, in diesen Ausnahmefällen eine internationale Zuständigkeit auszuüben. Da aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalls mithin eine Zuständigkeit ausgeübt wird, die unter gewöhnlichen Umständen nicht ausgeübt werden könnte, wird dieser Zuständigkeitsgrund als Notzuständigkeit bezeichnet².

Im autonomen deutschen Zuständigkeitsrecht ist die Notzuständigkeit nicht ausdrücklich geregelt, sondern lediglich in der Rechtsprechung und Literatur anerkannt³. Zudem wird eine Notzuständigkeit bereits aufgrund ihres Ausnahmeharakters rechtspraktisch nur selten ausgeübt⁴. Dennoch hat sich das deutschsprachige Schrifttum seit jeher mit den Fragen auseinandergesetzt, wie Rechtsverweigerung im Allgemeinen vermieden werden könnte⁵ und eine Notzuständigkeit im Besonderen ausgeübt werden sollte⁶. In den vergangenen Jah-

¹ Dieses Beispiel wird ausdrücklich in den Erwägungsgründen 16 S. 2 EuUntVO, 31 S. 2 EuErbVO, 41 S. 2 EuGüVO und 40 S. 2 EuPartVO angeführt.

² Vgl. auch Dissenting Opinion of Judge *Serghides*, Rn. 112, zu EGMR (Große Kammer), Urt. v. 15.3.2018, Nr. 51357/07 – *Naït-Liman/Schweiz*; *Nkenkeu-Keck*, Rev. trim. dr. h. 116 (2018), 985, 995.

³ Siehe ausführlich unten unter §§ 13–14 (S. 305 ff.).

⁴ Siehe nur *Roorda/Ryngaert*, *RabelsZ* 80 (2016), 783, 788; *Stadler/Klöpfer*, *ZEuP* 2015, 732, 751.

⁵ Z. B. für die Beachtlichkeit eines sog. Zuständigkeitsrenvoi, um Rechtsverweigerung zu vermeiden, *Milleker*, *Der Negative Internationale Kompetenzkonflikt*, S. 76 f., 118 ff., 165 ff.; *Schröder*, *Internationale Zuständigkeit*, S. 789 ff.

⁶ Siehe *Hausmann* in *Wieczorek/Schütze*, *ZPO*, 3. Aufl., Vor § 12 Rn. 87; *Kralik*, *ZZP* 74 (1961), 2, 19 f.; *Kropholler* in *Hdb. IZVR I*, Kap. III, Rn. 192 ff.; *Neuhaus*, *RabelsZ* 20 (1955), 201, 265 f.; *ders.*, *Grundbegriffe des Internationalen Privatrechts*, S. 427; *R. Neuner*, *Inter-*

ren ist die Notzuständigkeit durch eine Reihe von Ereignissen und Entwicklungen wieder vermehrt in den Fokus auch rechtspraktischer Aufmerksamkeit gerückt⁷: Erstens wurde eine ausdrückliche Vorschrift zur Notzuständigkeit in einige Rechtsakte des Europäischen Zivilverfahrensrechts aufgenommen. Als erster Rechtsakt enthielt die im Jahr 2008 verabschiedete EuUntVO eine Notzuständigkeit⁸. Daneben sehen derzeit die EuErbVO⁹ sowie die EuGüVO¹⁰ und EuPartVO¹¹ jeweils eine geschriebene Notzuständigkeit vor. Zweitens hat sich die Große Kammer des EGMR im Jahre 2018 mit der Schweizer Vorschrift zur Notzuständigkeit auseinandergesetzt¹². Diese Entscheidung wirft ein Schlaglicht auf die Frage, ob eine Notzuständigkeit aufgrund von völker- oder verfassungsrechtlichen Vorgaben ausgeübt werden muss, wenn einem Rechtssuchenden andernfalls Rechtsverweigerung droht. Drittens zeigt sich aktuell der rechtsvergleichende Trend, eine geschriebene Notzuständigkeit in das Internationale Zivilverfahrensrecht aufzunehmen¹³. Viele jüngere Neukodifikationen des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts enthalten diesen Zuständigkeitsgrund. Viertens und letztens bietet die Notzuständigkeit eine potenzielle

nationale Zuständigkeit, S. 53; *Pfeiffer*, Internationale Zuständigkeit, insbesondere S. 449 ff.; *Schröder*, Internationale Zuständigkeit, insbesondere S. 199 ff.; *Walchshöfer*, ZZZP 80 (1967), 165, 203 ff.

⁷ Vgl. mit Blick auf die rechtswissenschaftliche Aufmerksamkeit allein die Vielzahl von aktuellen Veröffentlichungen, die sich ausdrücklich mit der Notzuständigkeit beschäftigen: *Aden*, ZVglRWiss 106 (2007), 490; *Biagioni*, CDT (März 2012), 20; *Bidell*, Zuständigkeiten der EuGVO, S. 167 ff.; *Boskovic*, Revue des sociétés 2018, 467; *Burgstaller/Neumayr* in FS für Schlosser, S. 119; *Cafari Panico* in Pocar/Viarengo/Villata, Recasting Brussels I, S. 127; *Eicher*, Rechtsverwirklichungschancen, S. 265 ff.; *Ereciński/Weitz* in FS für Kaissis, S. 187; *Franzina* in Viarengo/Villata, Planning the Future of Cross Border Families, S. 325; *Hau* in FS für Kaissis, S. 355; *Krümmel* in Graf von Westphalen, Deutsches Recht im Wettbewerb, S. 70; *Kübler-Wachendorff*, Das forum necessitatis; *Lagarde* in Liber amicorum für Kohler, S. 255; *La Manna*, Riv. dir. int. priv. proc. 2019, 349; *Marchadier*, Rev. crit. dr. internat. privé 2018, 663; *McEvoy*, Revue générale de droit 35 (2005), 61; *Mora*, NILR 65 (2018), 155; *Nwapi*, UBC L. Rev. 47 (2014), 211; *ders.*, Utrecht J. Int'l & Eur. L. 30 (2014), 24; *Peari*, Osgoode Hall Law Journal 55 (2018), 225; *Posyniak*, The Advocate (Vancouver Bar Association) 73 (2015), 43; *Rétornaz/Volders*, Rev. crit. dr. internat. privé 2008, 225; *Roorda/Ryngaert*, RabelsZ 80 (2016), 783; *Ryngaert*, Riv. dir. int. 100 (2017), 782; *Schütze* in FS für Rechberger, S. 567; *Sobkin*, Osgoode Hall Law Journal 55 (2018), 203; *Rossolillo*, CDT (März 2010), 403; *Ubertazzi*, Exclusive Jurisdiction, S. 245 ff.; *Walker*, Canadian Business Law Journal 48 (2009), 135.

⁸ Art. 7 EuUntVO.

⁹ Art. 11 EuErbVO.

¹⁰ Art. 11 EuGüVO.

¹¹ Art. 11 EuPartVO.

¹² EGMR (Große Kammer), Urt. v. 15.3.2018, Nr. 51357/07 – Naït-Liman/Schweiz.

¹³ Siehe unten unter § 3 B I (S. 22 ff.), § 3 B V (S. 31 f.).

Abhilfemöglichkeit für sogenannte Menschenrechtsklagen wegen unternehmerischen Sorgfaltspflichtverletzungen¹⁴. Diese Menschenrechtsklagen werden gegenwärtig nicht nur lebhaft im Schrifttum diskutiert, sondern beschäftigen vermehrt auch europäische Gerichte¹⁵. Angesichts dieser Entwicklungen zeigt sich deutlich, dass die Notzuständigkeit ausgehend von einem „wissenschaftlichen Faszinosum“¹⁶ nunmehr in der internationalen und supranationalen Rechtspraxis angekommen ist.

Die Notzuständigkeit wirft eine Vielzahl von Problemen und Fragen auf, die bislang nur unzureichend geklärt sind¹⁷. Mit Blick auf das Europäische Zivilverfahrensrecht fällt zunächst die Unbestimmtheit der geschriebenen Notzuständigkeiten auf. So setzt zum Beispiel Art. 7 EuUntVO voraus, dass das Verfahren in einem Drittstaat „nicht zumutbar“ ist oder sich als „unmöglich“ erweist. Zu diesem Drittstaat muss der Rechtsstreit einen „engen Bezug“ aufweisen, während zu dem Mitgliedstaat des angerufenen Gerichts ein „ausreichender Bezug“ bestehen muss. Diese Unbestimmtheit steht in einem Spannungsverhältnis zum Prinzip der Zuständigkeitsklarheit, das im Internationalen Zivilverfahrensrecht grundsätzlich verfolgt wird¹⁸. Daher ist es eines der Hauptziele der Arbeit, die geschriebenen Notzuständigkeiten zu konkretisieren, um bereits *de lege lata* eine rechtssichere Anwendung der Vorschriften zu ermöglichen.

Weiterhin werfen die europäischen Notzuständigkeiten Kohärenzfragen auf. Denn zum einen sehen lediglich die neueren Rechtsakte des Internationalen Familien- und Erbrechts geschriebene Notzuständigkeiten vor, während die Notzuständigkeit weder in der Brüssel Ia-VO noch in der Brüssel IIa-VO erwähnt wird. Zum anderen sind die bislang geschriebenen Notzuständigkeiten aus-

¹⁴ Siehe nur *Augenstein/Jägers* in Álvarez Rubio/Yiannibas, *Human Rights in Business*, S. 7, 28 ff.; *C. Hartmann* in Krajewski/Saage-Maaß, *Durchsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen*, S. 281, 293 ff.; *Michoud*, *SRIEL* 30 (2020), 3, 17 ff.; *Nwapi*, *Utrecht J. Int'l & Eur. L.* 30 (2014), 24; *Roorda/Ryngaert*, *RabelsZ* 80 (2016), 783.

¹⁵ Siehe unten unter § 2 C (S. 14 ff.).

¹⁶ So die eingängige Formulierung von *Hau* in FS für Kaissis, S. 355.

¹⁷ Vgl. *Nwapi*, *UBC L. Rev.* 47 (2014), 211, 272, der im Hinblick auf die Notzuständigkeit bemerkt: „its exact nature and scope of application remains under-explored in both jurisprudence and literature“; *Roorda/Ryngaert*, *RabelsZ* 80 (2016), 783, 786 („the exact scope and conditions of application of forum of necessity remain underdetermined“); *Rossolillo*, *CDT* (März 2010), 403, 404 („una figura sulla cui definizione e sui cui caratteri la dottrina non ha ancora trovato un perfetto punto di accord“). Vgl. auch *Pfeiffer*, *Internationale Zuständigkeit*, S. 461, nach dem die Grenzfälle der Reichweite des Justizanspruchs – und damit der Eröffnung einer Notzuständigkeit – in Rechtsprechung und Literatur noch nicht ausdiskutiert seien. Vgl. ferner *Michaels* in Basedow/Rühl/Ferrari/de Miguel Asensio, *Encyclopedia of Private International Law*, S. 1042, 1050.

¹⁸ Vgl. *Kübler-Wachendorff*, *Das forum necessitatis*, S. 5; *M. Stürner/Pförtner*, *GPR* 2019, 222, 228.

drücklich darauf beschränkt, dass ein Verfahren in einem *Drittstaat* unmöglich oder unzumutbar ist. Reine Unionssachverhalte werden von den Vorschriften somit von vornherein nicht erfasst. Vor diesem Hintergrund ist es ein weiteres Ziel der Arbeit, zu klären, ob von den geschriebenen Notzuständigkeiten bereits sämtliche potenziellen Anwendungsfälle abgedeckt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, stellt sich darüber hinaus die Frage, ob und bejahendenfalls wie eine Notzuständigkeit in den verbleibenden Konstellationen ausgeübt werden sollte.

Mit Blick auf das autonome deutsche Zuständigkeitsrecht herrscht eine andere Ausgangslage: Da die Notzuständigkeit nicht ausdrücklich geregelt ist, ist in besonderem Maße unklar, welche Anforderungen an diesen Zuständigkeitsgrund zu stellen sind¹⁹. Die Arbeit soll in diesem Zusammenhang nicht nur einen verlässlichen Überblick über die zum Teil unübersichtliche Rechtsprechungs- und Literaturlage liefern, sondern einen Leitfaden für den Umgang mit der Notzuständigkeit entwerfen. Angesichts des Umstands, dass die Notzuständigkeit im autonomen Recht bislang nicht ausdrücklich geregelt ist, stellt sich ferner unweigerlich die Frage, ob eine solche Vorschrift künftig eingeführt werden sollte. Daher kann die Arbeit nicht darauf beschränkt werden, die gegenwärtige Rechtslage zu erläutern. Vielmehr ist es ein weiteres Hauptziel der Arbeit, sowohl in Bezug auf das europäische als auch das autonome deutsche Zuständigkeitsrecht einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Notzuständigkeit *de lege ferenda* ausgestaltet und ausgeübt werden sollte.

Eines Teils der aufgeworfenen Fragen hat sich bereits *Kübler-Wachendorff* in seinem ebenfalls in dieser Reihe erschienenen Werk angenommen²⁰. Dessen gedankenreiche Ausführungen, die sich zuvorderst auf die Auslegung der geschriebenen Notzuständigkeiten des Europäischen Zivilverfahrensrechts fokussieren²¹, wurden umfassend berücksichtigt. Gleichwohl rechtfertigt sich die vorliegende Arbeit bereits aufgrund ihres breiteren Ansatzes, welcher nicht auf die geschriebenen Notzuständigkeiten des Unionsrechts beschränkt ist. Vielmehr werden daneben die völker- und verfassungsrechtlichen Grundlagen der Notzuständigkeit umfassend analysiert, europäische Binnensachverhalte auf bestehende Zuständigkeitslücken und Stimmigkeit im Vergleich zur Behandlung von Drittstaatensachverhalten untersucht sowie insbesondere Optimierungspotenziale für eine Ausgestaltung der Notzuständigkeit *de lege ferenda* aufgedeckt. Die Arbeit schließt damit eine – bereits in der Literatur beanstandete²² – Lücke.

¹⁹ Vgl. auch *Hau* in FS für von Hoffmann, S. 617, 628; *Kropholler* in Hdb. IZVR I, Kap. III, Rn. 194.

²⁰ *Kübler-Wachendorff*, Das forum necessitatis.

²¹ Vgl. *Kübler-Wachendorff*, Das forum necessitatis, S. 4 f.

²² Siehe *Goetzke*, *RabelsZ* 85 (2021), 928, 929, 931 f.

Demgegenüber kann auf die Notzuständigkeit im Rahmen von Staatsverträgen²³ und in Insolvenzverfahren²⁴ nicht näher eingegangen werden, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde.

²³ In der Literatur wird z. B. Art. 6 Abs. 2 ErwSÜ als Notzuständigkeit bezeichnet, siehe Staudinger/*von Hein* (2019), Art. 6 ErwSÜ Rn. 3.

²⁴ Zu der Eröffnung einer internationalen Notzuständigkeit im Zusammenhang mit Art. 3 EuInsVO vgl. *Mankowski* in Mankowski/M. Müller/J. Schmidt, EuInsVO 2015, Art. 3 Rn. 181.

Erster Teil

Grundlagen

§ 2 Begriff der Notzuständigkeit, Rechtsverweigerung und Abgrenzungen

A. Begriff der Notzuständigkeit

Die Bezeichnung Notzuständigkeit ist im deutschen Sprachgebrauch üblich¹. Alternativ dazu wird der Zuständigkeitsgrund vereinzelt auch als „Ersatzzuständigkeit“ bezeichnet². International wird überwiegend entweder die lateinische Bezeichnung „forum necessitatis“³ oder das jeweilige landessprachliche Pendant, wie zum Beispiel „forum of necessity“⁴, „for de nécessité“⁵ oder „foro

¹ Siehe z. B. *Aden*, ZVglRWiss 106 (2007), 490; *Geimer*, IZPR, Rn. 1024 ff.; *Hau* in FS für Kaissis, S. 355; *Hausmann* in Wiczorek/Schütze, ZPO, 3. Aufl., Vor § 12 Rn. 87; *Kropholler* in Hdb. IZVR I, Kap. III, Rn. 192 ff.; *Krümmel* in Graf von Westphalen, Deutsches Recht im Wettbewerb, S. 70; *Nagel/Gottwald*, IZPR, Rn. 3.597 f.; *Patzina* in MünchKommZPO, § 12 Rn. 98 ff.; *Pfeiffer*, Internationale Zuständigkeit, S. 451 ff.; *Roth* in Stein/Jonas, ZPO, vor § 12 Rn. 37 ff.; *Schack*, IZVR, Rn. 500 ff.; *Schütze* in FS für Rechberger, S. 567; *Soergel/Kronke*, Art. 38 EGBGB Anh. IV Rn. 27.

² Siehe *Koch/Magnus/Winkler von Mohrenfels*, IPR und Rechtsvergleichung, § 2 Rn. 55; *Smid/S. Hartmann* in Wiczorek/Schütze, ZPO, Vor §§ 12–37 Rn. 69; *Staudinger/Spellenberg* (2016), § 98 FamFG Rn. 261.

³ So z. B. die amtlichen Überschriften zu den geschriebenen Notzuständigkeiten des EuZVR in Artt. 7 EuUntVO, 11 EuErbVO sowie Art. 11 EuGüVO/EuPartVO.

⁴ Siehe *Bookman*, Stanford Law Review 67 (2015), 1081, 1114; *McEvoy*, Revue générale de droit 35 (2005), 61; *Mills*, BYIL 84 (2014), 187, 222 ff.; *Mora*, NILR 65 (2018), 155, 178 ff.; *Roordal/Ryngaert*, RabelsZ 80 (2016), 783; *Sobkin*, Osgoode Hall Law Journal 55 (2018), 203; *Walker*, Canadian Business Law Journal 48 (2009), 135. Zum Teil wird der Zuständigkeitsgrund auch als „jurisdiction of necessity“ (*Michaels* in Basedow/Rühl/Ferrari/de Miguel Asensio, Encyclopedia of Private International Law, S. 1042, 1050), „jurisdiction by necessity“ (*Hay*, The European Legal Forum 2013, 1, 2), „necessity jurisdiction“ (*Nwapi*, UBC L. Rev. 47 (2014), 211) oder schlicht „Necessity“ (*Peari*, Osgoode Hall Law Journal 55 (2018), 225, 226) bezeichnet.

⁵ Siehe *Fabre*, Rev. science crim. et dr. pén. comparé 2018, 861; *Joubert*, Rev. crit. dr. internat. privé 2017, 1, 13, 15; *Lagarde* in Liber amicorum für Kohler, S. 255; *Marchadier*, Rev. crit. dr. internat. privé 2018, 663; *Nkenkeu-Keck*, Rev. trim. dr. h. 116 (2018), 985, 995 ff.; *Othenin-Girard*, SZIER 1999, 251; *Pataut*, Rev. crit. dr. internat. privé 2018, 267, 272 ff.; *Rétornaz/Volders*, Rev. crit. dr. internat. privé 2008, 225.

de necesidad“⁶, verwendet. Zum Teil findet sich zudem der Begriff „emergency jurisdiction“⁷.

Inhaltliche Unterschiede gehen mit den verschiedenen Bezeichnungen jedoch nicht einher. Vielmehr werden die Begriffe synonym verwendet. Darüber hinaus verfügen sämtliche Bezeichnungen über einen gemeinsamen sprachlichen Kern. Denn das Notelement und mithin der Ausnahmecharakter des Zuständigkeitsgrundes ist für alle Bezeichnungen begriffsprägend. So verdeutlichen bereits die Begriffe, dass aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalls eine internationale Zuständigkeit ausgeübt wird, die unter gewöhnlichen Umständen nicht ausgeübt werden könnte⁸.

B. Drohende Rechtsverweigerung als Anlass der Notzuständigkeit

Der Begriff der Rechtsverweigerung ist zentral für das Verständnis der Notzuständigkeit. Denn die drohende Rechtsverweigerung bildet den Anlass, aufgrund dessen eine internationale Notzuständigkeit ausgeübt wird⁹.

I. Begriff der Rechtsverweigerung

Eine Rechtsverweigerung („*déni de justice*“) tritt im Internationalen Zivilverfahrensrecht ein, wenn einem Rechtssuchenden nirgendwo ein Gerichtsstand zur Verfügung steht, um sein Rechtsschutzbegehren durchsetzen zu können¹⁰. Der Rechtssuchende hat mit anderen Worten keine Möglichkeit, vor einem international zuständigen Gericht eine Entscheidung in der Sache zu erlangen¹¹.

⁶ Siehe Art. 2602 argentinischer Código Civil y Comercial de la Nación (abgedruckt unten in § 3 Fn. 25); *Campuzano Díaz/Rodríguez Vázquez*, *Crónica Jurídica Hispalense* 14 (2016), 341, 346.

⁷ Siehe Dissenting Opinion of Judge *Serghides*, Rn. 112, zu EGMR (Große Kammer), Urt. v. 15.3.2018, Nr. 51357/07 – *Naït-Liman/Schweiz*; *Ereciński/Weitz* in FS für Kaassis, S. 187, 188; Max Planck Institute for Comparative and International Private Law, *RabelsZ* 74 (2010), 522, 584; *M. Stürner/Pförtner*, GPR 2019, 222, 224.

⁸ Vgl. auch Dissenting Opinion of Judge *Serghides*, Rn. 112, zu EGMR (Große Kammer), Urt. v. 15.3.2018, Nr. 51357/07 – *Naït-Liman/Schweiz*; *Nkenkeu-Keck*, *Rev. trim. dr. h.* 116 (2018), 985, 995.

⁹ Siehe *Kübler-Wachendorff*, *Das forum necessitatis*, S. 4. Vgl. auch *Aden*, *ZVglRWiss* 106 (2007), 490, 491; *Fabre*, *Rev. science crim. et dr. pén. comparé* 2018, 861, 881; *Hess/Mantovani*, MPILux Research Papers Series 2019 (1), S. 5; *La Manna*, *Riv. dir. int. priv. proc.* 2019, 349, 381; *Michaels* in Basedow/Rühl/Ferrari/de Miguel Asensio, *Encyclopedia of Private International Law*, S. 1042, 1050; *Soergel/Kronke*, Art. 38 EGBGB Anh. IV Rn. 27.

¹⁰ Vgl. *Schröder*, *Internationale Zuständigkeit*, S. 204.

¹¹ Vgl. *Kübler-Wachendorff*, *Das forum necessitatis*, S. 121.

Synonym zur Rechtsverweigerung wird häufig der Begriff der Justizverweigerung verwendet¹². Abzugrenzen ist die Rechtsverweigerung im international-verfahrensrechtlichen Sinn von der Rechtsverweigerung im völkerrechtlichen Sinn: Im Völkerrecht beschreibt die Rechtsverweigerung das Verbot, Ausländern willkürlich den Zugang zur Justiz zu verweigern¹³.

II. Konstellationen der Rechtsverweigerung

Die Konstellationen, in denen eine Rechtsverweigerung auftreten kann, lassen sich grob in drei¹⁴ Fallgruppen unterscheiden.

I. Negativer internationaler Kompetenzkonflikt

Der negative internationale Kompetenzkonflikt ist sowohl das Paradebeispiel für die Rechtsverweigerung als auch die klassische Drohkulisse international nicht vereinheitlichter Zuständigkeitsnormen¹⁵. Er besteht, wenn sich von mehreren Staaten, die zur Zuständigkeitsausübung in Betracht kommen, keiner als international zuständig erachtet¹⁶. Zu einem Zuständigkeitskonflikt kann es bei-

¹² Siehe *Eicher*, Rechtsverwirklichungschancen, S. 266 ff.; *Kropholler* in Hdb. IZVR I, Kap. III, Rn. 17, 184, 192 ff.; *Kübler-Wachendorff*, Das forum necessitatis, S. 3; *Nagel/Gottwald*, IZPR, Rn. 3.521; *Geimer* in Zöller, ZPO, IZPR Rn. 47; *Ultsch*, MittBayNot 1995, 6, 14 ff. Anders nur *Schröder*, Internationale Zuständigkeit, S. 203 f., der den Begriff der Justizverweigerung im Sinne schlechterdings fehlender Justizverwaltung verwendet.

¹³ Eingehend *Milleker*, Der Negative Internationale Kompetenzkonflikt, S. 60 Fn. 2. Ausführlich zu dem völkerrechtlichen Verbot der Rechtsverweigerung siehe unten unter § 6 B (S. 101 ff.).

¹⁴ Ebenfalls für eine Dreiteilung *Eicher*, Rechtsverwirklichungschancen, S. 267 f.; *Nagel/Gottwald*, IZPR, Rn. 3.597; *Pfeiffer*, Internationale Zuständigkeit, S. 451; *Schütze* in FS für Rechberger, S. 567, 571 ff. Diese Einteilung erfolgt indes allein aus Praktikabilitäts Erwägung und ist nicht zwingend. Einer anderen Unterteilung folgend, weil nicht allein zuständigkeitsrechtliche Hinderungsgründe unter den Begriff des negativen internationalen Kompetenzkonfliktes fassend, *Bach/P. Huber*, Internationales Privat- und Prozessrecht, Rn. 63; *Bachmann*, Universalisierung des Europäischen Zivilverfahrensrechts, S. 130; *Geimer*, IZPR, Rn. 1024 ff., 3061 (zwischen Kompetenzkonflikt und Unzumutbarkeit differenzierend aber *ders.* in Zöller, ZPO, IZPR Rn. 47); *C. Hartmann* in Krajewski/Saage-Maaß, Durchsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen, S. 281, 293; *Hausmann* in Wiczepek/Schütze, ZPO, 3. Aufl., Vor § 12 Rn. 84; *Kropholler* in Hdb. IZVR I, Kap. III, Rn. 183 ff.; *Linke/Hau*, IZVR, Rn. 7.2; *Patzina* in MünchKommZPO, § 12 Rn. 98 f.; *Reisewitz*, Rechtsfragen des Medizintourismus, S. 123, 131; *Rossolillo*, CDT (März 2010), 403, 406 f.; *Schack*, IZVR, Rn. 499; *Seyfarth*, Wandel der internationalen Zuständigkeit, S. 35 f.; *Soergel/Kronke*, Art. 38 EGBGB Anh. IV Rn. 27.

¹⁵ Vgl. bereits *Grunsky*, JZ 1973, 641, 645.

¹⁶ Vgl. *Bach/P. Huber*, Internationales Privat- und Prozessrecht, Rn. 63; *Basedow*, JZ 2016, 269, 273; *Ereciński/Weitz* in FS für Kaissis, S. 187; *Geimer*, IZPR, Rn. 1024; *ders.* in

Sachregister

- Abänderungszuständigkeit 40 f., 225, 250
- Allgemeines Völkerrecht
 - Begrenzung der Gerichtsbarkeit 84–101
 - Fremdenrecht 101 f.
 - justizieller Mindeststandard 101–103
- Anerkennungslücke
 - autonomes Recht 357 f., 448
 - Drittstaatsverhältnisse 234–238, 407 f.
 - Entwurf der Brüssel Ia-VO 267 f.
 - Grundgesetz 155
 - Grundlagen 13 f.
 - Österreich 47
 - Rechtsvergleich 56
 - Unionsverhältnisse 169, 197 f., 301–303, 430–432
- Anerkennungszuständigkeit 345–348, 445
- Angola 22
- Argentinien 25, 34, 37, 57, 453
- Aufenthalt
 - gewöhnlicher 180 f., 247 f., 249, 379, 409, 427, 453
 - schlichter 250 f., 280 f., 381, 456 f.
 - unbekannter 198–200
- Auffangzuständigkeiten 202 f., 204–206, 210–212, 219 f., 281, 410 f.
- ausreichender Bezug 239–252, 408 f.
- ausschließliche Zuständigkeit 171–175, 198 f., 341–343
- Aussetzung des Verfahrens 398–400
- autonomes Recht
 - *de lege ferenda* 436–459
 - *de lege lata* 305–402
 - Europäisierung 436 f.
 - geschriebene Notzuständigkeiten 305–327
 - Reformbemühungen 327
 - ungeschriebene Notzuständigkeit 328–402
- Begriff der Notzuständigkeit 8 f.
- Belgien 24
- Beweis drohender Rechtsverweigerung 50, 55, 366–372, 385 f., 441 f.
- bindende Verweisung zwischen Mitgliedstaaten 190 f., 423–425
- Binnen(markt)sachverhalte *siehe* Unionsverhältnisse
- Brüssel Ia-VO
 - Anwendungsbereich 165, 263, 273 f.
 - Bestimmung des Wohnsitzes 181–183, 187 f., 425–427
 - *de lege ferenda* 277, 411–421, 425–427
 - gescheiterte Universalisierung 264, 273–275, 276
 - Notzuständigkeit im Reformentwurf 267 f., 270–272, 275 f.
 - Reform der Brüssel I-VO 264–276
- Brüssel IIa-VO
 - Anhaltspunkte für Notzuständigkeiten 279–281
 - Anwendungsbereich 278 f.
 - *de lege ferenda* 411–418, 427 f.
 - Reform der Brüssel IIa-VO 282–284
- Brüssel IIb-VO 278–284
- Charakteristika der Notzuständigkeit 32 f., 309, 315
- Charta der Grundrechte *siehe* Grundrechtecharta
- Chile 28, 34, 36
- Common Law 29–31
- Corporate Social Responsibility 16 f., *siehe auch* Menschenrechtsklagen
- Costa Rica 26, 34, 37, 57, 453
- Darlegungs- und Beweislast 50, 55, 366–372, 385 f., 441 f.

- déni de justice* *siehe* Rechtsverweigerung
- Derogation *siehe* Gerichtsstandsvereinbarungen
- Deutschland *siehe* autonomes Recht; Justizgewährungsanspruch
- Diskriminierung 53, 231
- Dominikanische Republik 25, 34 f.
- Doppelfunktionalität der örtlichen Zuständigkeit 305, 342 f., 438
- Drittstaatsachverhalte
- Bedürfnis einer Notzuständigkeit 170–175
 - *de lege ferenda* 405–422
 - geschriebene Notzuständigkeiten 201–263
- due process clause* 129 f.
- effektive Staatsangehörigkeit 244–246
- EGMR *siehe* EMRK
- Eilzuständigkeit 364 f.
- eingetragene Partnerschaft 206–263, 404–411
- Eingriffsnormen 92 f., 359 f.
- einstweiliger Rechtsschutz 363–365, 436
- emergency jurisdiction* 9
- EMRK
- Anwendungsbereich des Rechts auf Zugang zu Gericht 106, 117 f., 127
 - Beschränkungsmöglichkeiten des Rechts auf Zugang zu Gericht 106 f., 118–128
 - Einfluss auf die internationale Zuständigkeit 105–131
 - Geltungsbereich des Rechts auf Zugang zu Gericht 105 f., 115–117, 127
 - Grundlagen des Rechts auf Zugang zu Gericht 104
 - Recht auf Freiheit vor Justiz 129–131
 - Rechtssache NaïtLiman 107–128
- enger Bezug 217–222, 406 f.
- England 30 f.
- Ermessen 252–256, 409 f., 457 f.
- Ersatzzuständigkeit 8, 362 f.
- örtliche 387–395
- Estland 24, 36 f., 56, 409, 452
- EU-Grundrechtecharta *siehe* Grundrechtecharta
- EuEheVO *siehe* Brüssel IIa-VO; Brüssel IIb-VO
- EuErbVO 203–206, 212–263, 404–411
- EuGüVO 206–263, 404–411
- EuGVVO *siehe* Brüssel Ia-VO
- EuPartVO 206–263, 404–411
- Europäisches Zuständigkeitsrecht
- Bedürfnis internationaler Notzuständigkeit 164–200
 - *de lege ferenda* 404–435
 - *de lege lata* 163–304
 - geschriebene Notzuständigkeiten 201–263, 267 f., 279–281
 - Rechtsakte mit abschließendem Zuständigkeitsregime 164–170, 201–263, 405–411
 - Rechtsakte ohne abschließendes Zuständigkeitsregime 164–170, 263–284, 405, 411–421
 - ungeschriebene Notzuständigkeiten 285–304
 - universell anwendbare Rechtsakte 164–170, 201–263, 405–411
- Europäisierung des Zuständigkeitsrechts 163 f., 436 f.
- EuUntVO 201–203, 212–263, 404–411
- exklusive Zuständigkeit *siehe* ausschließliche Zuständigkeit
- exorbitante Zuständigkeit
- Grundlagen 318 f.
 - Korrelation mit Notzuständigkeit 51, 319 f., 415, 443, 445 f.
 - Vermögensgerichtsstand (§ 23 ZPO) 321–326
 - Völkergewohnheitsrecht 96 f.
- faïres Verfahren 104, 129 f., 132, 135–140, 230 f., 267 f., 276, 453
- FamFG, Fürsorgezuständigkeiten des 306–313, 317 f.
- Flexibilität 241, 377, 415 f., 444, 452, 456
- forum necessitatis* 8
- forum non conveniens* 29–31, 255 f.
- forum of necessity* 8
- forum shopping* 119, 217, 381, 413, 457
- Frankreich 28
- Freiheit vor Justiz *siehe* Recht auf Freiheit vor Justiz
- Freiwillige Gerichtsbarkeit
- Brüssel IIa- und IIb-VO 278, 279–281

- EuErbVO 214
- kontradiktorische Verfahren 19 f.
- nicht kontradiktorische Verfahren 18 f., 304–318, 333
- Fürsorgezuständigkeiten 306–313, 317 f.
- gegenseitiges Vertrauen 176–178, 429, 433 f.
- genuine link* 84–101, 239
- Gerichtsbarkeit 17 f., 84–101
- Gerichtskosten 47 f., 54, 229, 356 f.
- Gerichtsstandsvereinbarungen 61 f., 151 f., 173–175, 180, 183, 184–193, 331 f., 343–345, 351
- geschriebene Notzuständigkeiten des Unionsrechts
 - Anerkennungslücke 234–238, 407 f.
 - Auslegungsgrundsätze 212–217
 - ausreichender Bezug 239–252, 408 f.
 - *de lege ferenda* 406–411
 - enger Bezug 217–222, 406 f.
 - EuErbVO 203–206, 212–263, 404–411
 - EuGüVO und EuPartVO 206–263, 404–411
 - EuUntVO 201–203, 212–263, 404–411
 - kein Ausübungsermessen 252–256, 409 f.
 - Reformentwurf der Brüssel Ia-VO 267 f., 270–272, 275 f.
 - *perpetuatio fori* 256–260
 - Unmöglichkeit eines drittstaatlichen Verfahrens 222–226
 - Unzumutbarkeit eines drittstaatlichen Verfahrens 222 f., 227–234
 - Verfahrenseinleitung im Drittstaat 238
- gewöhnlicher Aufenthalt 180 f., 247 f., 249, 379, 409, 427, 453
- gleichgeschlechtliche Ehe 195 f., 208–210, 225 f., 295–298, 427 f.
- Griechenland 28
- Grundgesetz *siehe* Justizgewährungsanspruch
- Grundlagen der Notzuständigkeit 8–20
- Grundrechtecharta
 - Geltungsbereich 132–134
 - Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht 135–139
 - Recht auf Freiheit vor Justiz 139 f.
- Guiding Principles on Business and Human Rights 68 f.
- Haager Konferenz für Internationales Privatrecht 59–63
- Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen 61 f.
- Human Rights Litigation 14–17, 54 f., 65–69, 382–386, 454–457
- Inlandsbezug
 - autonomes Recht 372–386, 450–453
 - Drittstaatsverhältnisse 239–252, 408 f.
 - Niederlande 33, 51 f., 54 f., 56 f., 450 f.
 - Österreich 36, 49 f., 56 f., 452 f.
 - Rechtsvergleich 33, 35–37, 56 f.
 - Schweiz 42 f., 56 f.
 - Vermögensgerichtsstand (§ 23 ZPO) 321 f., 323–325
- Institut de Droit international 65 f., 454 f.
- Interamerikanische Konvention über die internationale Anerkennungszuständigkeit 59
- International Law Association 60 f., 456 f.
- Italien 28
- jurisdiction* 85 f.
- Justizgewährungsanspruch
 - Anwendbarkeit auf Verfahren mit Auslandsbezug 142–144
 - Gewährleistungsgehalt 145–155
 - Grenzen 156–160
 - Herleitung und Rechtsnatur 141 f.
 - Letztverantwortlichkeit 149–155
 - praktische Konkordanz 144, 157–160
 - Recht auf ein inländisches Erkenntnisverfahren 145–155
 - Recht auf Freiheit vor Justiz 158–160
- Justizverweigerung *siehe* Rechtsverweigerung
- Kanada
 - British Columbia 23, 33
 - Modellgesetz der Uniform Law Conference of Canada 23 f., 33
 - Nova Scotia 23, 33
 - Ontario 28
 - Québec 23

- Yukon 24, 33
- Kap Verde 22
- Kodifizierung der Notzuständigkeit
 - autonomes Recht *de lege ferenda* 436–459
 - autonomes Recht *de lege lata* 305–327
 - bei Universalisierung von Brüssel Ia- und IIb-VO 414–418
 - rechtsvergleichender Trend 31 f.
 - Unionssachverhalte *de lege ferenda* 428–434
- Kohärenz 212–215, 275 f., 290, 413 f., 417, 446 f.
- Konsolidierung 404 f., 437
- Konstitutionalisierung 83 f.
- Konzerngerichtsstand 383–386
- Kosten 47 f., 54, 229, 356 f.
- Kroatien 26

- Leitprinzipien der Zuständigkeitsgestaltung 76–81
- Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen 68 f.
- Letztauslegungskompetenz des EuGH 227, 256
- Luxemburg 28

- Macau 22
- Mehrstaater 244–246
- Menschenrechte *siehe* EMRK
- Menschenrechtsklagen 14–17, 54 f., 65–69, 382–386, 454–457
- Mexiko 22, 34, 59
- Modernisierung 445 f.
- Monaco 27
- Montenegro 25
- Mosambik 22

- Nachweis drohender Rechtsverweigerung 50, 55, 366–372, 385 f., 441 f.
- negativer internationaler Kompetenzkonflikt
 - autonomes Recht 334–337, 349–351, 448 f.
 - Drittstaatsverhalte 170, 172, 224 f.
 - Grundgesetz 153
 - Grundlagen 10 f.
 - Rechtsvergleich 34
- Schweiz 38, 40 f.
- Unionssachverhalte 176, 178–193, 281, 291–293, 423–427, 429, 433
- Niederlande 24, 33, 50–55, 56 f., 74, 319 f., 450 f.
- Notgerichtsbarkeit 18

- ordre public* 209
 - als Zuständigkeitsgrund 359–362
 - anerkennungsrechtlicher 235, 300 f., 303, 339–341, 359–362, 429, 442
- örtliche Zuständigkeit 44, 50, 387–395, 457 f.
- Österreich 22, 36, 44–50, 56 f., 438, 452 f.

- Panama 26, 34, 36, 56, 452
- perpetuatio fori*
 - autonomes Recht 395–398
 - Rechtsvergleich 50, 55
 - Unionsrecht 256–260
- Polen 24, 35, 56
- politische Verfolgung 47, 233, 357
- Portugal 22, 33 f.
- positive Kompetenzkonflikte *siehe* Rechtshängigkeit
- Principles of Transnational Civil Procedure 63 f.
- Prorogation *siehe* Gerichtsstandsvereinbarungen
- Prozesskosten 47 f., 54, 229, 356 f.

- Recht auf ein faires Verfahren 104, 129 f., 132, 135–140, 230 f., 267 f., 276, 453
- Recht auf Freiheit vor Justiz
 - EMRK 129–131
 - Grundgesetz 158–160
 - Grundrechtecharta 139 f.
- Recht auf Zugang zu Gericht
 - allgemeines Völkerrecht 101–103
 - EMRK 104–128
 - Grundgesetz *siehe* Justizgewährungsanspruch
 - Grundrechtecharta 135–139
- Rechtshängigkeit 151 f., 261, 298–300, 332, 398–400
- Rechtshängigkeit, Aufrechterhaltung der Zuständigkeit nach *siehe* *perpetuatio fori*
- Rechtskraft, europäische 184–193

- Rechtskraftdurchbrechung 400 f.
 Rechtsprechungsgewalt 85–101
 Rechtsschutzbedürfnis 142–144, 308,
siehe auch Inlandsbezug
 Rechtssetzungsgewalt 85 f., 91–95
 Rechtssicherheit *siehe* Zuständigkeits-
 klarheit
 rechtsstaatliches Verfahren 12, 15, 154,
 228 f., 354 f., *siehe auch* Unzumutbarkeit
 eines Verfahrens
 Rechtsverweigerung
 – Anerkennungslücke *siehe* Anerken-
 nungslücke
 – Begriff 9 f.
 – Konstellationen 10–14
 – Nachweis 50, 55, 366–372, 385 f., 441 f.
 – negativer Kompetenzkonflikt *siehe*
 negativer internationaler Kompetenz-
 konflikt
 – Unmöglichkeit *siehe* Unmöglichkeit
 eines Verfahrens
 – Unzumutbarkeit *siehe* Unzumutbarkeit
 eines Verfahrens
 – völkerrechtliches Verbot 10, 101–103
 – zu überprüfende Staaten 48 f., 57,
 217–222, 365 f., 406 f., 450
 Reflexwirkung ausschließlicher Zuständig-
 keit 171–175
renvoi-Zuständigkeit 334–337
 restriktive Anwendung 39, 52 f., 56,
 215–217, 240 f., 443
 Restzuständigkeit 165, 174, 183, 263–277,
 279, 282–284, 405, 411–421
 Rumänien 25, 36, 56, 452
- schlichter Aufenthalt 250 f., 280 f., 381,
 456 f.
 Schweiz 22, 38–44, 56 f.
 Serbien 28
 Spanien 27
 Spiegelbildprinzip
 – geschriebene Notzuständigkeiten des
 EuZVR 347 f.
 – ungeschriebene Notzuständigkeit
 345–347, 445
 – vorrangiger Rechtsschutz im Ausland
 218–221, 365 f., 406 f., 450
 – Zweck 91 f.
- Staatenpraxis, völkerrechtliche 96–99,
 120–123
 Staatsangehörigkeit 243–246, 379, 409,
 452 f.
 – effektive 244–246
 Stillstand der Rechtspflege 12, 46, 152 f.,
 223 f., 294, 352, 370
 Strafverfolgung 234, 357
 subsidiäre Zuständigkeiten *siehe* Auffang-
 zuständigkeiten
 Subsidiarität 33, 39, 216 f. 309, 312 f., 315 f.
- Timor-Leste 22
 typisierte Notzuständigkeit 202 f., 204 f.,
 210 f., 281, 318–326
- übermäßige Verfahrensdauer 42, 154 f.,
 196 f., 229–231, 299–301, 355 f.
ultima ratio 216, 328, 334, 416, 422
 UN Guiding Principles on Business and
 Human Rights 68 f.
 unbekannter Aufenthalt 198–200
 Unionsgrundrechte *siehe* Grundrechte-
 charta
 Unionsrecht *siehe* Europäisches Zuständig-
 keitsrecht
 Unions Sachverhalte
 – Anerkennung in anderen Mitglied-
 staaten 303
 – Anerkennungslücke 169, 197 f., 301–303,
 430–432
 – Ausgestaltung internationaler Notzustän-
 digkeit 290–303, 428–434
 – Bedürfnis internationaler Notzuständig-
 keit 169, 175–198, 284–289, 428 f.,
 432–434
 – Begriff 164
 – Bindung an Unzuständigkeitsentschei-
 dungen 184–193
 – *de lege ferenda* 422–435
 – *de lege lata* 175–198, 284–304
 – Grundsatz gegenseitigen Vertrauens
 176–178, 429, 433 f.
 – Kodifizierung der Notzuständigkeit
 428–434
 – negativer internationaler Kompetenz-
 konflikt 176, 178–193, 281, 291–293,
 423–427, 429, 433

- Prinzip lückenloser Zuständigkeitsverteilung 176, 178, 432 f.
- Unmöglichkeit mitgliedstaatlicher Verfahren 193–196, 294–298
- Unzumutbarkeit mitgliedstaatlicher Verfahren 196 f., 298–301, 429
- Universalitätsprinzip 65 f., 382 f., 454–456
- universelle Anwendbarkeit
 - abschließende EU-Verordnungen 165–167
 - Universalisierung nicht abschließender EU-Verordnungen 264, 267, 269 f., 273–275, 283 f., 412–414, 418–421
- Unmöglichkeit eines Verfahrens
 - autonomes Recht 351–353, 447 f.
 - Drittstaatsachverhalte 222–226
 - Grundgesetz 152 f.
 - Grundlagen 12
 - negativer Kompetenzkonflikt *siehe* negativer internationaler Kompetenzkonflikt
 - Niederlande 51 f.
 - Österreich 46
 - Rechtsvergleich 33 f.
 - Schweiz 40 f.
 - Unionssachverhalte 193–196, 294–298
- Unzumutbarkeit eines Verfahrens
 - autonomes Recht 354–357, 447 f.
 - Drittstaatsachverhalte 222 f., 227–234
 - Grundgesetz 153–155
 - Grundlagen 12
 - Niederlande 51–54
 - Österreich 46–48
 - Rechtsvergleich 33 f.
 - Schweiz 41 f.
 - Unionssachverhalte 196 f., 298–301, 429
- Urteilsabänderung 40 f., 225, 250
- Uruguay 26, 37, 57, 59, 453
- Verbürgung der Gegenseitigkeit 47, 338 f., 343–345
- Verfahrensaussetzung 398–400
- Verfahrensdauer, übermäßige 42, 154 f., 196 f., 229–231, 299–301, 355 f.
- Verfahrenskosten 47 f., 54, 229, 356 f.
- Vermögensbelegenheit 246 f., 325, 380, 409, 453
- Vermögensgerichtsstand (§ 23 ZPO) 321–326
- VerschG 313–318
- Verweisung zwischen Mitgliedstaaten 190 f., 423–425
- Völkergewohnheitsrecht 96–99, 102
- Völkerrecht *siehe* Allgemeines Völkerrecht
- Vollstreckungsaussichten 73 f., 120, 157 f., 251, 380 f., 442, 453
- Vorhersehbarkeit *siehe* Zuständigkeitsklarheit
- vorläufiger Rechtsschutz 363–365, 436
- Waffengleichheit, prozessuale 130, 159
- Zugang zu Gericht *siehe* Recht auf Zugang zu Gericht
- Zumutbarkeit *siehe* Unzumutbarkeit eines Verfahrens
- Zuständigkeitsgerechtigkeit 76–78
- Zuständigkeitsinteressen
 - Parteiinteressen 71–74
 - Staatsinteressen 74–76
- Zuständigkeitsklarheit 78–81
- Zuständigkeitsrenvoi 334–337
- Zuständigkeitsverweisung zwischen Mitgliedstaaten 190 f., 423–425